Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 295 | Freitag, den 26. Oktober 1934 | Jahrgang 1934

Tagesrundschau.

Gesandtschaften zu Botschaften erhoben. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die deutsche und die polnische Regierung übereingekommen, die Gesandtschaften in Warschau und Berlin mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres zu Botschaften zu erheben. Zu Botschaftern sind die beiden bisherigen Gesandten ernannt worden. Selbstverständlich hat dies Uebereinkommen mehr als formale Bedeutung. Es ist nicht nur ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen, die jetzt zwischen Deutschland und Polen bestehen, sondern es liegt darin auch die deutsche Anerkennung Polens als Großmacht. Nach internationalem Recht entsenden Großstaaten in ihnen ebenbürtige Staaten nicht Gesandte, sondern Botschafter. Nun haben zwar Frankreich und England schon vor Jahren ihre Gesandtschaften in Warschau zu Botschaften erhoben, und ist auch Polen entsprechend in Paris und London durch Botschafter vertreten, aber diese gehobene Stellung den genannten Staaten gegenüber hat nicht nur Polen, sondern auch Belgien erhalten, das einer der kleinsten europäischen Staaten ist. So konnte Polen darin, daß von Paris und London aus statt Gesandter Botschafter nach Warschau entsandt wurden, gewiß eine Ehrung sehen, doch konnte dabei das Merkmal des Gefühlsmäßigen und der politischen Reklame nicht verkannt werden. Inzwischen hat Polen im Konzert der Mächte wesentlich an politischer Bedeutung gewonnen, und gerade im Verlauf dieses Jahres ist das klarer als je zuvor zutage getreten. Dem trägt das deutsch-polnische Uebereinkommen über die Erhebung der Gesandtschaften zu Botschaften Rechnung. Es ist aber zugleich ein Beweis für den Fortschritt, der in der herzlicheren und engeren Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und ihren Völkern zu verzeichnen ist, seitdem durch den zehnjährigen Friedenspakt der Anfang damit gemacht worden ist. Realpolitische Würdigung eines politischen Faktums und freundschaftlicher Geist sind es, die deutscherseits die Erhebung der Gesandtschaft in Warschau zu einer Botschaft veranlaßt haben, und alles spricht dafür, daß auch Polen entschlossen ist, in gleicher Weise statt früherer Gegnerschaft die Freundschaft zu Deutschland zu pflegen und zu festigen.

★

Die Neuordnung der höheren Schule. Mit den Notwendigkeiten, die sich für die Neuordnung des höheren Schulwesens in Deutschland ergeben, befaßt sich Ministerialrat Dr. Benze vom preußischen Kultusministerium in der „Deutschen Postzeitung". Er wirft die Frage auf, ob man wirklich zu deutscher Bildung so viele verschiedene Wege und Weglein gehen müsse, schließlich an die 40, wie es die liberalen Verfechter der bisherigen höheren Schulen behaupten. Das Ziel der Schule sei die Gestaltung des deutschen Menschen, der sich seines deutschen Wesens bewußt sei, der zwischen Eigenem und Fremdem, zwischen Aufbauendem und Zerstörendem klar zu scheiden wisse und dem Gemeinnutz vor Eigennutz gehe. Das Eigene aber lerne man vor allem am Eigenen, also deutsches Wesen am deutschen Kulturgut der Vergangenheit und Gegenwart. Aus diesen Gedanken ergeben sich nach der Darstellung Dr. Benzes für die Neuordnung der höheren Schule wichtige Folgerungen.

Die deutsch-kundliche Gruppe habe, so führt er aus, an allen deutschen Schulen im Mittelpunkt der gesamten Arbeit zu stehen. Darüber hinaus habe der Gedanke der Erziehung zum Deutschtum auch allen anderen Fächern Ziel und Weg zu weisen. Die Fremdsprachen hätten gewiß ihre große praktische Bedeutung, aber sie dürften nie Selbstzweck werden und vor allem nicht vom Deutschtum abziehen. Infolgedessen sollte in Zukunft diejenige Sprache am Anfang aller höheren Schulen stehen und die Hauptsprache sein, die uns äußerlich und innerlich am nächsten steht und den größten praktischen Wert hat, das Englische. Auch der Wert der theoretischen, nicht völkisch gebundenen Fächer, wie vor allem der Mathematik, sei bisher weit überschätzt worden. Wer ihrer für seinen Beruf bedürfe, dem solle man sie gründlich vermitteln, die übrigen aber damit verschonen, damit ihre Kräfte für die Gebiete frei werden, auf denen sie Besonderes leisten können. Ueberhaupt dürfe die höhere Schule, die zu führenden Stellen erziehen solle, in ihren geistigen Anforderungen nicht mild und nachgiebig sein. Aber es solle nicht jeder alles im gleichen Ausmaß können müssen und nicht im Wust von Vielerlei erstickt werden.

Bezüglich des äußeren Weges der höheren Schule erklärt Dr. Benze, daß es eine Hauptform geben müsse, die überall dort sein müsse, wo überhaupt eine höhere Schule sei. Ihre Form werde äußerlich etwa der Deutschen Oberschule entsprechen, d. h. die deutschkundlichen Fächer müßten alles beherrschen, und die wichtigste Fremdsprache müsse das Englische sein. Neben dieser Hauptform könne dann in größeren Städten eine geringe Zahl anderer Schulen entstehen, die man etwa als Lateinschulen bezeichnen möge. Für das Mädchen aber müsse die Frauenschule oder Frauenoberschule die Hauptform sein. Hiernach sind in absehbarer Zeit sehr einschneidende Veränderungen im höheren Schulwesen zu erwarten, die vor allen Dingen das humanistische Gymnasium zu betreffen scheinen. Das Gymnasium aber ist in kleineren und mittleren Städten, wenigstens in Westdeutschland, die meist vorhandene Form der höheren Schule. Wird es künftig auf die größeren Städte, in denen heute wohl durchweg die real- und reformgymnasialen Anstalten überwiegen, beschränkt werden, so würde das immerhin für solche Schüler aus den kleinen Städten und vom Lande, die beispielsweise später Theologie studieren wollen, die Notwendigkeit zur Folge haben, die nur in den größeren Städten vorhandene Lateinschule zu besuchen, in der ja wohl wie auf den bisherigen Gymnasium nicht nur Latein, sondern auch Griechisch gelehrt und überhaupt humanistische Bildung, neben verstärkter Pflege der deutschkundlichen Fächer, vermittelt werden dürfte. Wenn es zu einem Zeitpunkt, wo erst ein Referentenentwurf, aber noch keine endgültigen Bestimmungen vorzuliegen scheinen, gestattet ist, noch eine Anregung zu geben, dann möge man sie aus dem Hinweis des vorhergehenden Satzes entnehmen. So richtig es ist, daß ganz entschieden mehr als bisher die deutschkundlichen Fächer an unseren höheren Schulen gepflegt werden, und so begrüßenswert es ist, daß der mehr als vierzigfachen Vielfalt des höheren Schulwesens zu Leibe gerückt werden soll, so wird doch, wie auch die Ausführungen des Ministerialrats Dr. Benze erkennen lassen, mehr als eine höhere Schulart sich als notwendig erweisen, und dabei ließe sich wohl denken, daß von einem gemeinsamen Unterbau aus Gabelungen ausgehen könnten, durch die den durchaus nicht gleichartigen Anforderungen der verschiedenen Fakultäten der Universitäten, der Hochschulen und solcher Berufe, die kein Universitäts- oder Hochschulstudium erfordern, Rechnung getragen würde. In den Worten Benzes über die Mathematik und, daß nicht jeder alles in gleichem Ausmaße können müsse, darf man übrigens wohl eine Bestätigung dafür sehen, daß je nach der Veranlagung des Schülers nicht auf den Unterklassen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung fällig sein wird, welche Fächer für ihn insbesondere in Frage kommen. Dabei wird allerdings, wenn wir die Aeußerungen Benzes richtig verstehen, für die größere Zahl der Schüler die Hauptform der höheren Schule, die der heute noch am wenigsten vertretenen Deutschen Oberschule entsprechen soll, in Betracht kommen. #

Die japanischen Flottenforderungen

Rüstungsgleichheit unter allen Umständen.

§ **Washington**, 25. Oktober.

Bei den Londoner Vorbesprechungen zur nächstjährigen Flottenkonferenz haben gestern die Japaner den amerikanischen Vertretern ihre Flottenvorschläge dargelegt. Diese Vorschläge sind an Präsident Roosevelt gekabelt worden. Danach ist, wie auch von japanischer Seite bestätigt wird, Japan fest entschlossen bei folgenden Gesichtspunkten zu beharren:

1. Es kann keinerlei Kompromiß geben über die Frage der Rüstungsgleichheit, die Japan unter allen Umständen verlangt und durch Kündigung der Flottenverträge von Washington und London auf eigene Faust durchsetzen würde, falls England und die Vereinigten Staaten Japan die Erfüllung dieser Forderung nicht zugestehen.

2. Das grundsätzliche Recht auf Gleichheit der Flottenstärke anstatt des bisherigen Verhältnisses 5:5:3 wird von Japan benötigt, weil die gegenwärtige Inferiorität Japans zur See das Ansehen Japans in Ostasien untergräbt und eines Tages China zum Angriff auf Japan veranlassen könnte.

3. Die Gleichheit ist ferner deswegen erforderlich, weil das japanische Volk die ständige Anwesenheit der starken überlegenen amerikanischen Flotte im Stillen Ozean als gegen Japan gerichtet ansieht und deshalb sich ständig dieser Angriffsdrohung ausgesetzt fühlt.

4. Wenn die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, Japan anzugreifen, dann brauchen sie auch keine überlegene Flotte im Stillen Ozean.

5. Japan schlägt vor die Abschaffung der Linienschiffe, der Flugzeugmutterschiffe sowie möglichst auch die der großen Panzerkreuzer, evtl. schließlich auch die der Unterseeboote.

6. Falls England und die Vereinigten Staaten hierauf nicht eingehen sollten, schlägt Japan vor, daß allen drei Seemächten die gleiche Pauschaltonnage zugebilligt wird, wobei es jedem Land überlassen bleiben soll, für welche Kriegstypen diese Tonnage benutzt werden soll.

7. Sollten die Vereinigten Staaten und England diese Gleichheit nicht bewilligen, so wird Japan die Verträge kündigen. Es ist durchaus bereit, sich auf ein Wettrüsten einzulassen.

8. Das japanische Volk verfügt über hinreichende Geldmittel, um ein solches Rennen durchzuhalten.

Amerika gegen eine Flottengleichheit mit Japan.

§ **Washington**, 25. Oktober.

In hiesigen Amtskreisen werden die von maßgeblicher japanischer Seite erfolgten Veröffentlichungen über die künftige Flottenpolitik Japans dahingehend gedeutet, daß die japanische Regierung, bevor sie sich selbst amtlich zur Flottenpolitik äußert, die Stimmung in anderen Ländern prüfen wolle. Aus Meldungen, die aus anderen Hauptstädten hier eingelaufen sind, geht hervor, daß dort ähnliche Veröffentlichungen von japanischer Seite erfolgt sind. Vorerst wird ebenso unverbindlich, wie die japanische Auslassung ist, als Antwort in Washingtoner Amtskreisen erklärt, daß Amerika sich niemals mit Japan auf eine Flottengleichheit einlassen werde. Die amerikanischen Marinekreise halten daran fest, daß die Flotte der Vereinigten Staaten nötigenfalls in der Lage sein müsse, nach Ostasien auszulaufen und dort für die Sicherung der amerikanischen Belange zu kämpfen. Dazu brauche aber die amerikanische Flotte Linienschiffe und Flugzeugmutterschiffe sowie im ganzen eine Japan überlegene Streitmacht. In Washingtoner Kreisen glaubt man auch nicht, daß England auf Japans Forderungen eingehen werde, da dann der unter einem riesigen Kostenaufwand ausgebaute britische Flottenstützpunkt in Singapore zwecklos werden würde.

Im Weißen Hause lehnt man zur Zeit jegliche Stellungnahme zur japanischen Flottenpolitik ab. Man hofft, daß sich ein neues Flottenabkommen werde erzielen lassen. Wie weit man dabei gehen wird, um Japan an den Verhandlungstisch zu bringen, wird sich erst im Laufe der nächsten Wochen zeigen. Fest steht, daß sich im Gegensatz zu Japan Washington nicht nach irgendeiner Richtung festgelegt hat. Die amerikanische Regierung braucht daher nicht wie die japanische Regierung mit der Volksmeinung zu rechnen. Deshalb erscheint auch eine am Ende doch erfolgende Einigung nicht ganz ausgeschlossen.

Proteste gegen die japanische Erdölpolitik.

§ **Washington**, 25. Oktober.

Im Staatsdepartement wurde heute zugegeben, daß die Frage der künftigen Flottenstärke nicht der einzige Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ist, sondern daß zwei weitere Streitpunkte hinzugekommen seien, die den Washingtoner Regierungskreisen starkes Kopfzerbrechen bereiten.

Die japanische Regierung hat erstens von den fremden Petroleumgesellschaften, die in Japan Geschäfte machen, verlangt, daß sie jederzeit innerhalb Japans einen Vorrat auf Lager halten, der dem Bedarf eines halben Jahres entspricht und daß diese Vorräte nötigenfalls von der japanischen Regierung zu einem von ihr festzusetzenden Preis übernommen werden können. Diese Forderung hat, wie hier bekannt wird, zu Vorstellungen sowohl der Regierung der Vereinigten Staaten, wie der Regierung Großbritanniens und der der Niederlande geführt. Dieser Protestschritt wird hier damit begründet, daß die Forderungen der japanischen Regierung eine schwere finanzielle Belastung für die betroffenen Oelfirmen darstellen würden. Die Firmen würden genötigt, ihre Waren unverzinslich festzulegen und große Vorratstanks für diese Zwecke zu errichten. Andererseits sei zu befürchten, daß die japanische Regierung fremdes Privateigentum für die Benutzung im Kriegsfall greifbar haben wolle.

Wie im Statsdepartement weiter mitgeteilt wurde, hat der zweite Streipunkt mit dem Grundsatz der offenen Tür in China zu tun. Im Neun-Mächte-Pakt hat Japan seinerzeit dafür garantiert, daß dieser Grundsatz in China gewahrt bleibt. Nunmehr sei aber

550000 werden abstimmen.

Die Abstimmungskommission weist Separatistenlügen zurück.

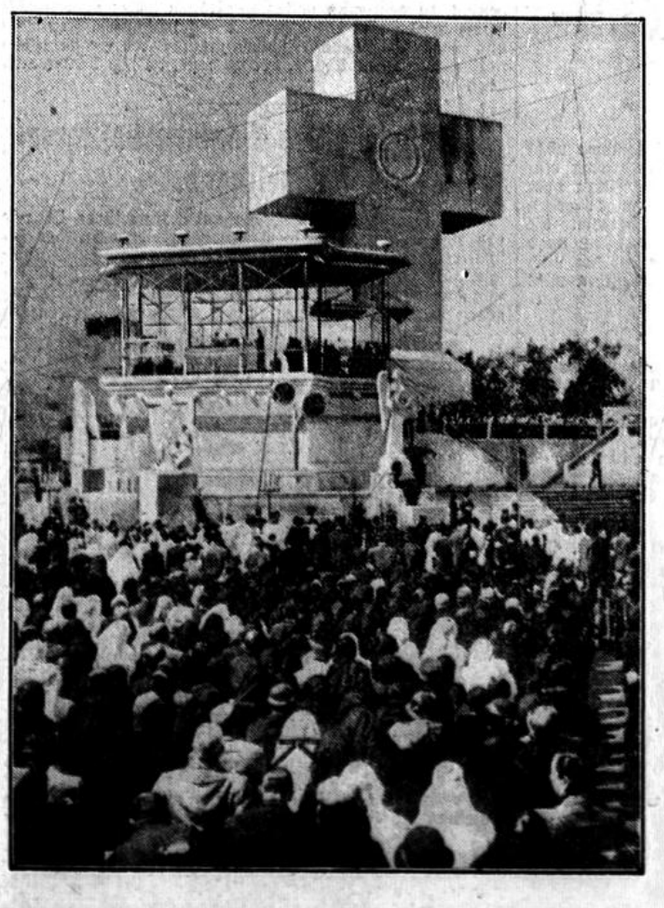
DNB. **Saarbrücken**, 25. Oktober.

Die Abstimmungskommission weist am Donnerstag in einer soeben der Saarpresse zugeleiteten Mitteilung die von der Separatistenpresse immer wieder vorgebrachten Behauptungen von angeblich 100000 Fälschungen in den Abstimmungslisten klar und eindeutig zurück.

In ihrer ausführlichen Veröffentlichung dankt die Abstimmungskommission zunächst allen Stellen, die sich für eine Besserung der Listen eingesetzt hätten und richtet auch fernerhin an jeden die Aufforderung, alle bekannten Mängel der Listen, namentlich die Doppeleintragungen den Kreisbüros der Kommission bekanntzugeben. Es heißt sodann, daß es bis jetzt nicht möglich sei, sich jetzt schon ein genaues Bild über die Zahl und die Begründung der eingelaufenen sowie der noch zu erwartenden Einsprüche zu machen. Die Abstimmungskommission betont jedoch, daß sie sich über einen kritischen Einwand allgemeiner Natur jetzt bereits schon äußern könne, nämlich über die schätzungsmäßige Zahl der Stimmberechtigten. Auf Grund eingehend angeführter statistischer Berechnung kommt die Abstimmungskommission sodann unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Faktoren zu dem Ergebnis, daß die mögliche Zahl der in die Abstimmungslisten einzutragenden Stimmberechtigten auf ungefähr 550000 geschätzt werden können.

Die Abstimmungskommission bezieht sich sodann auf die Zahl der vorläufig in die Abstimmungslisten eingetragenen Personen in Höhe von 532 000 und erklärt hierzu, daß in bezug auf die Gesamtzahl für die Behauptung, daß die vorläufigen Listen übermäßig viele zu Unrecht eingetragene Personen enthalte, kein Grund zu finden sei.

Die bewußt irreführenden Darlegungen der Separatistenpresse über Hunderttausende von Fälschungen in den Abstimmungslisten dürften durch diese Erklärung ebenso als Lüge entlarvt sein, wie damit die planmäßigen Sabotageversuche dieser Kreise, die Abstimmungsvorbereitungen aus nur zu durchsichtigen Gründen zu erschweren, von maßgebender Seite durchschaut sind.



Das Monumentalkreuz auf dem Palermo-Platz in Buenos-Aires

Während des Internationalen Eucharistischen Kongresses, an dem bekanntlich Kardinalstaatssekretär Pacelli als Legat des Papstes teilnahm, fanden auf dem Palermo-Platz in der argentinischen Hauptstadt die von Hunderttausenden besuchten Festgottesdienste an vier Altären statt, die um das auf unserm Bild gezeigte riesige Monumentalkreuz errichtet waren.

—230 M; fragende Rin- M, c) 210—240 M, d) chen alt 6—9 M, 8—13 eine 13—18 M. Markt- eine langsam. Der näch- statt.

enkurse.

n. den 24. Oktob. 1934

Brief 10.	Geld 23. 10.	Brief 23. 10.
2.71	12.66	12.69
.648	0.643	0.647
8.29	58.17	58.27
.206	0.204	0.206
.053	3.047	3.053
.540	2.530	2.536
5.31	55.10	55.22
1.26	81.10	81.26
2.39	12.34	12.37
8.82	68.68	68.82
5.47	5.45	5.46
6.42	16.38	16.42
.358	2.354	2.358
8.77	168.38	168.72
6.06	55.85	55.97
1.49	21.45	21.49
.716	0.713	0.715
.706	5.694	5.706
0.93	80.77	80.93
1.64	41.56	41.64
2.22	62.01	62.13
9.05	48.95	49.05
7.07	46.97	47.07
1.24	11.20	11.22
.492	2.488	2.492
3.86	63.65	63.77
1.28	81.05	81.21
4.08	33.99	34.05
.395	10.375	10.395
.975	1.972	1.976
—	—	—
.001	0.999	1.001
.488	2.483	2.487

tbr. 1934.

	heute	Vortag
t W VIII	194	194
t W IX	196	196
t W XI	198	198

zusammen 3% zulässig.

	heute	Vortag
t VIII	154	154
t IX	156	156
t XI	158	158

zusammen 2% zulässig.

Verladungskosten daselbst, nd ab Mühle.

enkleie
sgebiet V 9.45
sgebiet VI 9.50
sgebiet VII 9.55
sgebiet VIII 9.65
sgebiet IX 9.75
sgebiet XI 9.90

kg brutto einschl. Sack

X der W. V. Berlin

	heute	Vortag
gebiet VIII	22.05	22.05
gebiet IX	22.35	22.35
gebiet XI	22.65	22.65

RM. Frachtausgleich

werden per 50 kg gehandelt.

gesetzl. Erzeugerpreis

145	X	152	XIII	157
VII 149	XI	154	XIV	159

per Aug. . —
per Sept. . —
per Okt. . —
per Aug. . —
per Sept. . —
per Okt. . 127½ Brief

rat im Eigenteil !!!

latum
chöne Boden- , der keine t macht und wenig kostet

uslegeware zum Auf- es Zimmers 3×4 m nd RM. 16.— n. Rand v. RM. 4.70 an von p. 70 Pfg. p. m an in den einschlägigen Geschäften.

Spezialität auf Wunsch auch vom Balatum Werke Neuß Akt.-Ges.

Darlehnskasse Han- glünkige [5454
rlehen.
Rückporto an
ski. Rheine i. W.
rollnenstraße 22.

Suche eine Stelle als [5456
Verkäuferin
in der Manufakturwarenbranche. Bin in ungekünd. Stellg. u. verfüge über gute Zeugn. und Handelsschulkenntnisse.
Alwine Pues, Glandorf i. W.

Mittlerin zwischen Angebot und Nachfrage
ist die „Kleine Anzeige" in den Zeno-Zeitungen. Kleine Anzeigen kosten nur wenig Geld, führen aber viel schneller zum Ziel.

für Mandschukuo die Einführung eines Petroleum-Monopols geplant, das einer japanischen Gesellschaft zur Ausnutzung überlassen werden solle. Die Gesellschaft würde alle Tankstellen der amerikanischen, englischen und niederländischen Firmen übernehmen, die damit aus dem Geschäft verdrängt werden würden. Wie hier mitgeteilt wird, haben gegen diesen Plan alle drei oben bereits genannten Regierungen in Tokio formelle Vorstellungen erhoben. Im Staatsdepartement wird dieser Schritt als eine Parallele, aber nicht gemeinsame Aktion bezeichnet. Im übrigen wird hier der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß auf japanisches Betreiben in Mandschukuo weitere Monopole geschaffen werden könnten.

Baut Frankreich drei Großkampfschiffe?

(!) **Paris,** 25. Oktober.

Kriegsmarineminister Pietri wurde von einem Mitarbeiter des „Figaro" über die Londoner Flottenverhandlungen und im Zusammenhang damit über seine Ansicht über den Bau der beiden italienischen Großkampfschiffe befragt. (Bekanntlich sollen in Italien am 28. Oktober zwei 35 000 Tonnen-Kreuzer auf Kiel gelegt werden!) Der Minister hält Italien vertraglich für durchaus berechtigt, Panzerkreuzer von der zulässigen Höchsttonnenzahl zu bauen, obwohl die meisten seefahrenden Nationen, insbesondere England, den Wunsch geäußert hätten, man solle sich möglichst auf einer niedrigen Tonnage halten. Das italienische Vorgehen müsse selbstverständlich bei diesen Nationen Rückwirkungen auslösen, die sich zweifellos bald zeigen würden. Der Berichterstatter will den Eindruck gewonnen haben, daß auch Frankreich bald hervortreten werde. Wie England, die Vereinigten Staaten und Japan würde Frankreich bald dahin kommen, die drei Großkampfschiffe, um deren Bau es habe herumkommen wollen, auf Kiel zu legen. Die Londoner Flottenverhandlungen würden von dem französischen Kriegsmarineminister jedenfalls aufmerksam verfolgt. Frankreichs Stellung sei den Vertragspartnern bekannt. Die Washingtoner Flottenkonferenz habe vor 13 Jahren ähnlich begonnen und eines schönen Tages seien Vertreter Frankreichs von den in ihrer Abwesenheit gefaßten Beschlüssen in Kenntnis gesetzt worden. Minister Pietri habe, so sagt der Mitarbeiter des „Figaro", mehrfach gezeigt, daß er die Bedürfnisse der französischen Marine kenne. Man dürfe versichert sein, daß ein solches Manöver, falls es wieder versucht werden sollte, diesmal nicht gelingen werde.

Wichtig für Saarabstimmungsberechtigte.

Der Bund der Saarvereine teilt uns mit: Jede im Saargebiet wohnende Person kann Einspruch gegen die Eintragung einer bereits in die vorläufige Abstimmungsliste aufgenommenen Person erheben. Die Abstimmungskommission hat nun verfügt, daß derjenige, der einen solchen Einspruch einlegt, eine Abschrift desselben durch eingeschriebenen Brief dem Betroffenen mitzuteilen hat, und zwar an dessen Anschrift im Saargebiet. Der Betroffene muß innerhalb von vier Tagen seit Aufgabe dieses Einschreibebriefes zur Post (also nicht seit dem Tage, an dem er ihn erhält), seine Einwendungen gegen diesen Einspruch dem zuständigen Kreisbüro schriftlich mitteilen. Er muß ferner das ihm abschriftlich zugestellte Einspruchsschreiben des Einspruchserhebenden seiner Erwiderung an das Kreisbüro beifügen.

Also: Wer einen solchen Brief über seine Anschrift im Saargebiet erhält, muß sofort seine Einwendungen schriftlich — Unterschrift nicht vergessen — unter Beifügung der Schrift des Gegners an das zuständige Kreisbüro der Abstimmungskommission senden. In Zweifelsfällen wende man sich sofort an die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine.

In den letzten Tagen sind von separatistischer Seite zahlreiche Einsprüche gegen in Deutschland lebende Personen eingelegt worden, meistens mit folgender Bemerkung: „Die betreffende Person hat am 28. Juni 1919 nicht die Saareinwohnereigenschaft im Sinne der Wahlordnung besessen. Beweis: Die erforderlichen Urkunden wurden von amtlichen Behörden verweigert."

Wem ein solcher, offenbar unbegründeter Einspruch eines Dritten zugeht, braucht darauf nicht zu antworten. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn er folgende Gegenäußerung an das Kreisbüro sendet: „Auf den mir zugestellten Einspruch beziehe ich mich zum Nachweis meiner Abstimmungsberechtigung auf das von mir früher vorgelegte Beweismaterial und beantrage die Verwerfung des Einspruchs".

Die große Anzahl derartiger Einsprüche ohne jede Begründung beweist klar, daß es sich um eine politische Mache von separatistischer Seite handelt, und daß diese Einsprüche nicht eingelegt werden, weil man der Ueberzeugung ist, der Betreffende sei nicht abstimmungsberechtigt, sondern weil man die Abstimmungsbehörden mit Arbeit überlasten will, um an technischen Schwierigkeiten die rechtzeitige Abhaltung der Abstimmung scheitern zu lassen.

In der Saarbrücker Fälscherfabrik der „Einspruchsfabrikanten".

Planmäßige Verwirrungsmanöver.

DNB **Saarbrücken,** 25. Oktober.

Die mit der Fabrikation von Masseneinsprüchen gegen die Eintragungen in die Abstimmungslisten beauftragten Persönlichkeiten der sogenannten Einheitsfront arbeiten seit Tagen fieberhaft, um bis zu dem morgigen Ablauf des Einspruchszeitpunktes ein recht ansehnliches Kontingent von „Einsprüchen" fertigstellen zu können.

Ganz planmäßig werden die Täuschungs- und Verwirrungsmanöver dieser an einer Verschiebung der Abstimmung interessierten Kreise betrieben.

Man wird erwarten müssen, daß die Abstimmungskommission sich nicht nur darauf beschränken wird, die unbegründeten Einsprüche abzulehnen, sondern auch dazu übergeht, gegen die Schuldigen einzuschreiten.

In den Strafbestimmungen der Abstimmungsordnung ist ausdrücklich erklärt, daß derjenige, der Akten, Urkunden, Ausweise oder Eintragungen, die mit der Volksabstimmung zusammenhängende Fragen betreffen, fälscht, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe von 250 bis 500 Franken bestraft werden kann. Dieser Tatbestand ist ohne weiteres auf diejenigen anwendbar, die jetzt bewußt falsche und unbegründete Einsprüche erheben und sich dazu vorgedruckter Formulare bedienen. Wie man erfährt, haben bereits zahlreiche Personen, die durch eingeschriebenen Brief von dem gegen sie erhobenen Einspruch Kenntnis erhielten, gegen den Unterzeichner des Einspruches Strafantrag gestellt.

Hauptverantwortlich für die Sabotagearbeit der separatistischen Kreise zeichnet der kommunistische Landesratsabgeordnete L'Hoste. Ueber einen Besuch bei diesem seinen Herrn berichtet heute ein Mitarbeiter des „Saarbrücker Abendblattes":

„Das Haus der Arbeiterwohlfahrt gleicht einem Heerlager, oder besser gesagt dem Hauptquartier eines solchen Lagers. Alle zwei Schritte wird man angehalten und von einem Geleitmann die zwei Schritte weitergebracht. Wohl ein Dutzend Mal mußte ich Auskunft geben, bis ich in das Zimmer kam, in dem Herr L'Hoste thront.

Vor ihm häuften sich die Einspruchsformulare, die er, ohne hinzusehen unterschrieb. Er hatte nämlich gleichzeitig die Aufsicht über eine große Zahl von Männern, die an fünf langen Tischreihen vor ihm saßen und die Einspruchsformulare bearbeiteten. Das ging so vor sich, daß die Formulare durch eine Vervielfältigungsmaschine liefen, in der der eigentliche Einspruchsstempel aufgedruckt wurde.

Dann wurden mit einer Schreibmaschine die Adressen und die Personalien der Adressaten eingefügt. Als ich das Zimmer betrat, war mir noch nicht ganz klar, was hier eigentlich vor sich ging. Ich glaube im Ernst, daß Herr L'Hoste mich kennt und aus irgendeinem Grunde gegen meine Eintragung in die Abstimmungsliste Einspruch erhoben hätte. Ich fragte ihn deshalb auch, ob er mich und meine Familie kenne, was er sofort verneinte. Auf weitere Fragen gab er mir dann die Auskunft, daß die Deutsche Front die Abstimmungslisten gefälscht hätte, z. B. hätte man in Dudweiler und in Saarbrücken dieselben Leute eintragen lassen und sie hätten nun die Aufgabe, diesem Manöver entgenzuarbeiten.

Ich war immer noch naiv genug, zu fragen, warum man denn gerade auf meinen Namen verfallen sei. Darauf antwortete Herr L'Hoste nur: „Wo gehobelt wird, da fallen eben auch Späne." Was hier in dem Raum vorgeht, wurde mir erst richtig klar, als ein Herr den Saal betrat und Herrn L'Hoste mit den Worten ansprach:

„Wird denn hier nicht gearbeitet? Um 6 Uhr müssen 21 000 Stück fertig sein."

Sofort kam mir natürlich der Gedanke: Jeder Brief kostet 1,90 Franken Porto, 21 000 mal 1,90 Franken. Von wem stammen die Gelder für diese Fälschungen? Damit verließ ich den Herrn, nachdem ich mich davon überzeugt hatte, daß nicht nur in diesem Raum, sondern auch in mehreren anderen in der gleichen Weise und unter demselben Nachdruck gearbeitet wurde".

Der radikalsozialistische Landesparteitag in Nantes.

Gegen die Beschneidung der Senatsrechte.

(!) **Paris,** 25. Oktober.

Die radikalsozialistische Landesparteitagung in Nantes wurde Donnerstag eröffnet. Nach der Begrüßungsrede des Generalsekretärs wurden sofort vier Ausschüsse gebildet: Der Staatsreformausschuß, der außenpolitische Ausschuß, der Wirtschaftsausschuß und der innenpolitische Ausschuß. Ein fünfter besonderer Ausschuß wird sich mit der Ausarbeitung der Parteierklärung zu beschäftigen haben, die am Schluß der Tagung der Vollversammlung zur Annahme unterbreitet wird. Es wurde beschlossen, sich zunächst mit der Staatsreform zu befassen.

Der Staatsreformausschuß beschäftigte sich sofort mit dem wichtigsten Punkt des Arbeitsprogramms, nämlich der Auflösung der Kammer ohne Zustimmung des Senats. Nach eingehender Aussprache wurde der Bericht des Berichterstatters Cornu angenommen, der sich für die Beibehaltung der Sonderrechte des Senats ausspricht. Ein Unterausschuß wurde beauftragt, eine diesbezügliche Entschließung auszuarbeiten, die der Vollversammlung vorgelegt werden soll. Dieser Unterausschuß wird ferner den Vorschlag unterbreiten, daß der Senat in Zukunft den Staatshaushalt automatisch vor dem 1. Dezember zur Beratung erhält, selbst wenn er in der Kammer noch nicht verabschiedet worden ist.

In der Nachmittagssitzung erwartete man allgemein eine ausführliche Stellungnahme des Staatsministers Herriot zur Frage der Staatsreform. Der Präsident der Partei behielt sich jedoch seine endgültige Stellungnahme bis nach Abschluß der allgemeinen Aussprache, d. h. bis Sonnabend, vor. Er erklärte, er werde selbstverständlich zu dieser Frage sprechen, aber erst dann, wenn es sich darum handele, wichtige und verantwortungsvolle Beschlüsse zu fassen. Herriot gab darauf den Vorsitz an den ehemaligen Ministerpräsidenten Chautemps ab, der sofort dem Berichterstatter für die Staatsreform Cornu das Wort erteilte. Es komme darauf an, führte Cornu aus, die Exekutivgewalt zu verstärken, die parlamentarischen Arbeitsmethoden zu vereinfachen und den nationalen Wirtschaftsrat neu zu organisieren. Der Redner sprach sich dann für eine Neuordnung des Ministerpräsidiums aus, die aber keine Ausgaben für das Schatzamt nach sich ziehen dürfe. Er forderte ferner eine unumstößliche Festsetzung der Zahl der Minister und Unterstaatssekretäre in jeder Regierung. Bei den Haushaltsausgaben genüge es, die Hausordnung der Kammer dahin zu ändern, daß Ausgaben ohne gleichwertige Einnahmen nicht mehr verabschiedet werden dürfen. Für die Kammerauflösung ohne Zustimmung des Senats könne sich kein echter Republikaner aussprechen. Ein solches einseitiges Recht würde allen Abenteuern die Tür öffnen, und das republikanische Regime würde dadurch in seinen Wurzeln bedroht werden. Um die Beständigkeit der Regierung zu stärken, schlug der Berichterstatter vor, daß sie nur dann als gestürzt angesehen werden könne, wenn sich zwei Drittel der Kammer gegen sie ausgesprochen hätten oder, falls man eine zweite Abstimmung vornehme, wenn die Regierung in die Minderheit versetzt sei. Er forderte ferner die Einführung der Volksbefragung jedes Mal, wenn zwischen der Regierung und der Kammer über eine bedeutende Frage keine Einigkeit erzielt werden könne. Schließlich betonte Cornu, daß die Partei nicht grundsätzlich gegen die Einberufung der Nationalversammlung eingestellt sei. In der Frage der Kammerauflösung könne sie aber unmöglich von ihrem bisherigen Standpunkt abweichen.

In der allgemeinen Aussprache sprachen sich die Redner fast ausschließlich für die Annahme des Berichtes Cornus aus.

Die radikalsozialistischen Senatoren nahmen eine Entschließung an, in der sie sich für die Beibehaltung des Burgfriedenskabinetts aussprachen. Sie machen aber ausdrücklich alle Vorbehalte hinsichtlich der Beschneidung der Senatsrechte bei Kammerauflösungen. Diese Vorbehalte, so heißt es in der Entschließung, richteten sich nicht gegen den Ministerpräsidenten, zu dem man volles Vertrauen habe; man fürchte jedoch die Gefahren, die für das republikanische Regiment aus einem Mißbrauch entstehen müßten, den ein Ministerpräsident treiben könnte, der eine persönliche Macht ausüben wolle.

Roosevelt fordert großzügigere Kreditpolitik der Banken.

Baldige Stabilisierung des des Dollars?

$ **Washington,** 25. Oktober.

Auf dem 60. Jahreskongreß der amerikanischen Bankiers hielt Präsident Roosevelt am Mittwoch eine Ansprache, in der er nachdrücklich erklärte, daß er die Führung in allen nationalen Dingen habe und über die nationalen sowie die internationalen Gesichtspunkte der amerikanischen Finanzpolitik

besser unterrichtet sei und besser darüber entscheiden könne, was als nächster Schritt getan werden solle, als die hier versammelten Bankiers.

Die Bankiers stellten nur eine Gruppe des amerikanischen Volkes dar und seien noch dazu unter sich selbst uneinig, während die Regierung das ganze Volk vertrete und zum Besten des Gemeinwohles handele. Im Jahre 1933 habe er, Roosevelt, die Banken vor dem Zusammenbruch gerettet; er habe für ihre Wiedergesundung gesorgt und das Volk aufgefordert, wieder Vertrauen zu den Banken zu haben. Nachdem dies gelungen sei, verlange er nunmehr von den Bankiers Vertrauen zu Volk und Regierung.

Roosevelt forderte, daß die Banken ohne ängstliche Rücksicht auf weitestgehende Geldflüssigkeit großzügig und auf lange Sicht Geld verleihen, um Unternehmer wie Arbeiter wirtschaftlich wieder hochzubringen.

Wenn uns so weit die privaten Banken diese ihre Pflicht nicht erfüllten, müsse die Regierung durch ihre zahlreichen Kreditstellen selbst weiterhin die Wirtschaft finanzieren.

Es liege also im eigenen Interesse der Banken, an der Herstellung gesunder Einkommensverhältnisse tätig mitzuarbeiten, und zwar verstehe er unter Einkommen nicht nur die Bankzinsen, sondern den Gewinn, den jeder einzelne Bürger als Frucht harter Arbeit von Stirn oder Faust beanspruchen könne. Ein Grund zum Zögern sei nicht gegeben, denn die Regierung betrachte die baldigste Stabilisierung von Preisen und Werten als ihr Ziel, und er begrüße es, daß auch im Auslande dieses Ziel immermehr als wünschenswert anerkannt werde.

★

Die Ansprache Roosevelts hat ebenso wie bei seinen Zuhörern auch in Newyorker Bankkreisen lebhafte Zustimmung gefunden. Viel beachtet wird die Bemerkung des Präsidenten, er habe mit Genugtuung wahrgenommen, daß auch in anderen Ländern die Erreichung einer größeren Stetigkeit in der Preisbewegung als wünschenswert angesehen werde, während die Regierung der Vereinigten Staaten dieses Ziel dauernd im Auge behalten habe.

In Bankkreisen wird diese Aeußerung als Andeutung aufgefaßt, daß man zu gegebener Zeit eine Stabilisierung der Währung anstreben wolle.

Das ist auch aus einer Rede zu entnehmen, die der Botschafter der USA, Bingham, in Edinburgh gehalten hat und in der er ausführte, daß das Verhältnis zwischen Dollar und Pfund Sterling stabilisiert werden solle. Es wäre nach seiner Ansicht wünschenswert, daß sich auch andere Nationen der Stabilisierung anschlössen, aber wenn dies im Augenblick nicht möglich sei, so sollten wenigstens Großbritannien und die Vereinigten Staaten ein Abkommen abschließen.

Schaffung eines Handwerksführerabzeichens.

Auf Anordnung des Reichshandwerksmeisters ist, wie das Ndz meldet, ein allgemeines Handwerksabzeichen geschaffen worden, das in seinem Mittelfeld das Handwerkssymbol trägt. Es soll an alle Mitglieder der Pflichtinnungen zu einem noch nicht festgesetzten Zeitpunkt abgegeben werden. Außerdem ist ein weiteres Abzeichen geschaffen worden, das allen Personen verliehen werden soll, die in den Handwerksorganisationen eine führende Stellung einnehmen. Während der Tag der Ausgabe des allgemeinen Abzeichens noch nicht feststeht, soll das Führerabzeichen, das wir hier im Bilde zeigen, am Tage des deutschen Handwerks, am 28. Oktober, an die Landeshandwerksmeister, die Kammerpräsidenten und die Vorsitzenden der Reichsfachverbände vom Reichshandwerksmeister persönlich verliehen werden. Das Abzeichen erhalten ferner die Kreishandwerker, die Vorsitzenden de Landesfachverbände und die Innungsobermeister.



Der „Bayerische Kurier" stellt sein Erscheinen ein.

DNB. **Augsburg,** 25. Oktober.

Der Verlag der „Augsburger Postzeitung" hat mit Wirkung vom 1. November das Verlagsrecht des „Bayerischen Kurier" erworben. Der „Bayerische Kurier" stellt am gleichen Tage sein Erscheinen ein. Nach einer Vereinbarung der Verlage wird den Lesern des „Bayerischen Kuriers" am 1. November die „Augsburger Postzeitung" zugestellt, die mit Genehmigung der Reichspressekammer fortan den Titel „Postzeitung (Augsburger Postzeitung)" führt.

Erster planmäßiger Nachtpostflug über den Ozean.

Berlin, 24. Oktober.

Heute früh um 6,46 Uhr landete in Natal der 10 000-Tonnen-Dornierwal „Boreas" der Deutschen Lufthansa mit Flugkapitän Alisch, 2. Flugzeugführer Engel, Flugfunker Küppers und Flugmaschinist Hein an Bord. Das Flugboot wurde am Dienstag, 23. d. M., um 16,43 Uhr von dem Motorschiff „Schwabenland" vor der afrikanischen Küste zum Fluge nach Südamerika abgeschossen. Die Besatzung hat damit den ersten durchgehenden Nachtpostflug auf der wöchentlich betriebenen Lufthansa-Poststrecke nach Südamerika ausgeführt und dabei 2519 Kilometer über den Ozean zurückgelegt. Die Postlaufzeit von Berlin bis Südamerika betrug demnach nur 3½ Tage.

Zwangsversteigerungen der Besitzungen Lahusens.

× **Bremen,** 25. Oktober.

In der Zwangsvollstreckung über das Lahusen-Gut Hohehorst in Löhnhorst b. Lesum (Kr. Osterholz) ist nun der Zuschlag an die Bremer Landesbank (Staatsbank) erteilt worden. Sie hat als einzige Bieterin für das Gut mit dem großen Herrenhaus, das seinerzeit mit einem Kostenaufwand von rund 3 Millionen Reichsmark errichtet wurde, ein Gesamtgebot von 500 050 Mark abgegeben. Das Amtsgericht in Lesum hat nun für zwei andere Lahusen-Besitzungen im Kreise Osterholz Zwangsversteigerungstermine anberaumt, für den sogenannten Heidhof (580 Hektar mit einigen Wohnhäusern, Stallungen usw.) und einen weiteren Grundstückskomplex von 249 Hektar.

Nobelpreis für Medizin nach Amerika gefallen.

× **Stockholm,** 25. Oktober.

Der Nobelpreis für Medizin ist am Donnerstag verteilt worden. Er ist an die Amerikaner Georges Minot, William Murthy und Georges Whipple gefallen. Sie sind dieser Auszeichnung wegen ihrer Entdeckungen auf dem Gebiete der Lebertherapie bei perniziöser Anämie teilhaftig geworden.

Ein Benediktinerpater abgestürzt.

× **Beuron,** 25. Oktober.

Im Donautal in der Nähe des Klosters Beuron ist, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, der vor einem Jahr zum Priester geweihte Pater Johannes Schwarzer O. S. B. aus dem Kloster Grüßau in Schlesien tödlich abgestürzt. Von seinem Heimatkloster war die Ankunft Schwarzers für den Sonntag vergangener Woche angekündigt worden, doch sechs Tage lang wartete der Beuroner Klosterkonvent vergeblich, bis man jetzt die Leiche des Paters mit einer klaffenden Kopfwunde am Fuß eines Felsens auffand. Pater Schwarzer war an dem fraglichen Sonntag mit dem letzten Zug in Tuttlingen angekommen und wollte, da es keine Verbindung nach Beuron mehr gab, den Weg zu Fuß zurücklegen. Anscheinend suchte er einen kürzern Weg über die waldigen Höhen einzuschlagen und stürzte in der Dunkelheit ab.

Elf Knaben verschüttet.

:: **Newyork,** 25. Oktober.

Elf Knaben versuchten am Mittwoch in einem stillgelegten Bergwerksschacht in Plainville (Pennsylvanien) Kohle zu holen. Sie wurden dabei von herabstürzender Kohle verschüttet. Drei Knaben wurden von der Rettungsmannschaft nur noch als Leichen geborgen. Zwei Knaben sind auf dem Wege zum Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen; sechs werden noch vermißt.

Zu reicher Heringssegen.

Die englische Heringsfischerei für drei Tage stillgelegt.

£ **London,** 25. Oktober.

Der Notstand in der englischen Heringsfischerei nimmt in den Berichten und Erörterungen der Londoner Presse immer größeren Raum ein. Da die reichen Fänge der letzten Zeit einen beunruhigenden Preissturz zur Folge hatten, haben die Heringsfischer von Yarmouth und Lowestoft beschlossen, bis zum Sonntag morgen keine Fischdampfer mehr ausfahren zu lassen. Ungefähr 800 Fahrzeuge in England und Schottland, die jetzt in diesen beiden Häfen liegen, werden daher drei Tage lang nicht arbeiten, obwohl es in den Küstengewässern von Fischen wimmelt. 6000 Fischer und Hafenarbeiter werden ohne Beschäftigung sein. Am Freitag werden 2000 Männer und Frauen aus den Heringssalzereien und -räuchereien usw. arbeitslos werden. Wie ernst die Lage in Regierungskreisen beurteilt wird, geht daraus hervor, daß heute in London eine Konferenz zwischen Regierungsmitgliedern und Vertretern der verschiedenen Zweige der Fischereiindustrie abgehalten werden wird.

In Berlin ist gestern der am Mittwoch vom Führer ehrenhalber zum SA-Standartenführer ernannte Walter Hellvoigt seinen Leiden erlegen. Politischer Kämpfer seit 1922, war er auch am 9. November 1923 in München dabei. Ein Artikel im „Völkischen Beobachter" hebt seine Treue hervor, seine stille Pflichterfüllung in der Partei und der SA, seine Verletzungen im Kampf mit den Kommunisten um den Wedding in Berlin. „Walter Hellvoigt trat nie hervor, wollte niemals etwas für sich, blieb der unbekannte treue SA-Mann." Sein Tod ist die Folge eines Fußbruchs, der erst die Amputation des Fußes, dann des ganzen Beines notwendig machte.

Heute (Freitag) abend 8 Uhr

in allen Pfarrkirchen Predigten

für die männliche und weibliche Jugend

Stadt Bocholt.

Freitag, den 26. Oktober 1934.

Besitzwechsel.

§ Die an der Industriestraße gelegene Besitzung der Aktiengesellschaft für Baumwollindustrie (bekannt unter dem Namen Wietholdsche Fabrik) war vor 14 Tagen am hiesigen Amtsgericht zwangsversteigert worden. Damals war mit einem Meistgebot von 88 100 ℳ (einschließlich Gelände, Gebäude und Zubehör) die Landesbank der Provinz Westfalen hängen geblieben. In dem jetzt stattgefundenen Zuschlagstermin erklärte die Landesbank, daß sie das Meistgebot an die Firma Karl Herding sowie an die Spinnerei und Weberei Herding abgetreten habe.

Der Führer dankt

einem Bocholter Meister für ein Geschützmodell.

§ Der Schlossermeister Martin Moll aus Bocholt (Weddigenstraße 10) hat in jahrelanger Arbeit — seit dem Jahre 1905 — ein Rohrrücklaufgeschütz en miniature konstruiert, das sich vorzüglich zu Dekorationszwecken in Kameradschaftsheimen der Artillerievereine und ähnlicher Formationen eignet. Das Modell hat Herr Moll am 17. Juni an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler übersandt. Darauf ging ihm von der Reichskanzlei unter dem 25. Juli folgendes Schreiben zu:

> Sie haben dem Führer mit Ihren Zeilen vom 17. 6. und mit der selbstgefertigten Arbeit eine große Freude bereitet. Er läßt Ihnen noch nachträglich seinen herzlichen Dank dafür aussprechen. Ein persönliches Handschreiben wird Ihnen noch zugehen, muß Sie jedoch mit Rücksicht auf die Ueberlastung des Führers bitten, sich noch einige Zeit zu gedulden.
>
> gez. Unterschrift.

Unter dem 9. Oktober ds. Js. ging dann folgendes Handschreiben des Führers und Reichskanzlers ein:

> **Für die Aufmerksamkeit, die Sie mir mit der Uebersendung der von Ihnen selbstversertigten Arbeit erwiesen haben, danke ich noch nachträglich herzlichst. Sie haben mir damit eine Freude bereitet.**
>
> **Mit deutschem Gruß**
> **Adolf Hitler.**

Das Modell hat also dem Führer und Reichskanzler offensichtlich Freude bereitet. Es wird übrigens ab morgen (Samstag) im Schaufenster des Photohauses Bigge (Nordstraße) ausgestellt und ist anläßlich des Deutschen Handwerkertages ein schöner Beweis für die Leistungsfähigkeit eines Bocholter Meisters. Auch ist das Modell unter Nr. 1 304 027 vom 5. Juni 1934 patentamtlich geschützt.

Fahrrad mit zwei Koffern gestohlen.

§ Am Mittwochabend wurde ein Fahrrad, das unverschlossen vor dem Hause Kronenstraße Nr. 9 stand, gestohlen. Auf dem Gepäckhalter befanden sich zwei Koffer mit Damenwäschekollektionen. Als der Dieb, der es offenbar eilig hatte mit dem Fahrrad vom Bürgersteig herunterfuhr, brach die linke Pedale nebst Kurbel ab, die nämlich zwei Häuser weiter vom Eigentümer des Fahrrades gefunden wurden. Der Dieb hat also das Rad offenbar schieben müssen. Zweckdienliche Angaben möge man bei der hiesigen Polizeiverwaltung machen.

In der Jahreszeit geirrt.

§ In einem Garten an der Nordallee hat ein schon über 20 Jahre alter Birnbaum vor etwa drei Wochen einige Blätter und neuerdings eine größere Anzahl gut entwickelter Blüten getrieben. So kann sich ein Birnbaum in der Jahreszeit irren!

Mit dem Fahrrad schwer gestürzt.

§ Mit dem Fahrrad kam gestern nachmittag auf der Herzogstraße eine junge Dame zu Fall, als sie versuchte, einem entgegenkommenden Fahrzeug auszuweichen. Sie stürzte so unglücklich, daß sie einen Arzt in Anspruch nehmen mußte.

Die wütende Ziege.

§ Daß man Tiere nicht zum Scherz necken soll, mußte ein junges Mädchen vom Biemenhorster Weg erfahren. Zum Zeitvertreib hatte das Mädchen eine Ziege geärgert, die ihr schließlich nachlief. Auf freiem Felde holte sie die Fliehende ein und bearbeitete sie mit ihren Hörnern derart, daß der Besitzer des Tieres schließlich hinzukommen und das Mädchen von der wütenden Ziege befreien mußte.

„Schulte Blaum".

Ein plattdeutsches Lustspiel im Arbeiterverein St. Paulus.

k. Nach gründlichen Vorbereitungen kann am kommenden Sonntag nun die seit Wochen angekündigte Erstaufführung des großen 5aktigen plattdeutschen Lustspiels „Schulte Blaum" im Arbeiterheim St. Paulus steigen. Man muß es dem Verfasser des Stückes, Lehrer Hans Füting (Wadersloh), schon lassen; er hat es verstanden, aus einem an und für sich wenig belanglosen Stoff eine Posse zu machen, die auf die Lachmuskeln der Besucher eine große Wirkung ausüben wird. Mehr will ja der Verfasser des Lustspiels und der Komponist der gefälligen Melodien, die das ganze Geschehen fein umrahmen, auch nicht, als uns geplagten und bedauernswerten Kindern des Alltags mit seinem Werk ein paar vergnügte Stunden schenken. Dazu ist „Schulte Blaum" wie geschaffen. Die Wirkung des Stückes wird aber noch vergrößert durch die Aufführung des Werkes in unserm vertrauten Bocholter Platt. Ganz prächtige Typen werden in den 5 Akten über die Bretter, die die Welt bedeuten, marschieren, und wir sind überzeugt, daß alle Besucher recht viel Freude bei einer Aufführung erleben.

Generalversammlung des Bocholter Bauvereins.

Das großzügige Bauvorhaben endgültig beschlossen. — Ueberaus günstiger Revisionsbericht.

§ Bocholt, 25. Oktober.

Am Mittwochabend fand im Kolpingshaus eine Generalversammlung des Bocholter Bauvereins e. V. statt. Die Versammlung wurde von Spinnereibesitzer Franz Beckmann eröffnet. Er gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung kurz des verstorbenen Vorsitzenden, Fabrikanten Albert Drießen, der 19 Jahre den Vorsitz innegehabt und die Interessen des Vereins stets in uneigennütziger Weise gefördert habe. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Sodann erteilte der Vorsitzende dem

Geschäftsführer Wessels

das Wort, der das Bauvorhaben des Vereins, worüber wir bereits berichtet haben, eingehend darlegte. Durch das Versagen der Hauszinssteuer hat die Bautätigkeit des Vereins längere Zeit brachgelegen. Mit Hilfe der Zuschüsse wurden die bereits erbauten Häuser teilweise in Ordnung gebracht, teilweise wurden die Häuser mit elektrischem Licht versorgt. Der Vorstand hielt es nicht für ratsam, die vorhandenen Mittel in Stadtrandsiedlungen festzulegen, da es sich hier doch eigentlich nur um Notwohnungen handele, die nicht so stabil gebaut würden, daß die Werte, die in diese Wohnungen gesteckt würden, rentabel angelegt wären. Dank der Tätigkeit des Herrn Josef Albert Beckmann und des k. Oberbürgermeisters Brockhoff ist nun ein neues Projekt aufgetaucht. 50 Häuser sollen unter Mithilfe der Industrie errichtet werden. Die ersten Hypotheken (5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung) sollen von der Volksversorgung Hamburg gegeben werden. Die zweiten Hypotheken im Betrage von 138 000 ℳ (nur 2 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung) sind von der Bocholter Industrie gezeichnet worden. Es wird erhofft, daß dieser Betrag noch bis auf 175 000 ℳ erhöht wird. Ein Kapital von 500 ℳ pro Baustelle muß der Anwerber selbst aufbringen. Ein Rest von 1000 ℳ wird von der Genossenschaft als Zuschuß zu 2 Prozent Zinsen zur Verfügung gestellt. Alles in allem: Die Finanzierung ist sichergestellt und in erträglichen Grenzen gehalten. Wie weit die Industriehypotheken effektiv gezeichnet werden, läßt sich, wie Herr Wessels weiter ausführte, noch nicht übersehen. Im ganzen sind etwa 415 000 ℳ erforderlich. Außerdem soll von der Stadt Bocholt ein Grundstück käuflich erworben werden, auf dem 14 Häuser errichtet werden können. Es wird erwartet, daß die Stadt einen erträglichen Kaufpreis fordert.

Der Vorsitzende stellte sodann das Bauvorhaben der Versammlung zur Diskussion.

Ohne Aussprache wurde der Plan genehmigt und dem Vorstand die Genehmigung erteilt, Hypotheken in Höhe von 415 000 ℳ aufzunehmen.

Sodann erstattete Herr Wessels den

Revisionsbericht,

aus dem u. a. hervorging, daß die Geschäftsführung und die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft in jeder Hinsicht einwandfrei ist und die Genossenschaft hinsichtlich der Liquidität und der Rentabilität außerordentlich günstig dasteht. Weiter wurde Lehrer Hellmich in der Ersatzwahl einstimmig als Aufsichtsratsmitglied gewählt.

In der sich anschließenden Sitzung des Aufsichtsrates wurde Spinnereibesitzer Franz Beckmann zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt. Weiter wurde k. Oberbürgermeister Brockhoff zum stellv. Vorsitzenden, Lehrer Hellmich zum 1. Schriftführer und Alois Krösen zum stellv. Schriftführer gewählt.

Vor den Schranken des Gerichts.

4 Vertagungen, 6 Wochen Gefängnis, eine Einstellung auf Grund des Amnestiegesetzes und ein Freispruch.

§ Bocholt, 25. Oktober.

Vertagt. — Haftbefehl.

Ein junger Mann von der Dingerloer Straße hatte sich zu verantworten, weil er sich der Unterhaltspflicht gegenüber seinem unehelichen Kinde entzogen hatte. Er war trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen. Der Fall wurde vertagt und Haftbefehl gegen den Angeklagten erlassen.

Noch eine Vertagung.

Ein Mann aus Duisburg hatte einen Strafbefehl über 30 ℳ erhalten, weil er eine Zollschranke eingefahren hatte. Er hatte Einspruch eingelegt, war jedoch zur Verhandlung nicht erschienen. Wohl hatte er auf einer Karte um Verlegung des Termins gebeten, ohne allerdings Gründe für sein Nichterscheinen anzugeben. Der Fall wurde daraufhin vertagt.

Eine dritte Vertagung.

Ein 45jähriger Mann aus Oberhausen war des Bandenschmuggels angeklagt. Obwohl der Angeklagte schon öfter wegen Schmuggels vorbestraft ist, er also zum mindesten stark der Tat verdächtig ist, bestritt er energisch. Da jedoch ein zweiter Beteiligter den Namen und die Wohnung des Angeklagten bei seiner Vernehmung genau angegeben hat, soll eine Photographie des Angeklagten an diesen Beteiligten, der mittlerweile nach Weimar verzogen ist, zwecks Wiedererkennung des Angeklagten gesandt werden. Der Fall wurde deshalb vertagt.

Aus der Haft vorgeführt

wurde ein junger Mann, der sich ohne festen Wohnsitz umhertreibt. In Isselburg hatte er eine Nacht im FAD-Heim geschlafen und dort einem Arbeitsdienstwilligen die Ausweispapiere gestohlen, mit denen er sich auf der Standarte in Bocholt als SA-Mann auswies, worauf diese ihm eine alte SA-Uniform aushändigte und ihn 14 Tage lang mit Wachtdienst beschäftigte. Schließlich kam man jedoch dahinter, daß man es hier mit einem falschen SA-Mann zu tun hatte. Er wurde angezeigt und war vor Gericht geständig. Zur Entschuldigung gab er an, er habe sich deshalb die Papiere angeeignet, weil er hoffe, so ein besseres Fortkommen zu haben. Er erhielt wegen des Diebstahls drei Wochen und wegen des Tragens einer verbotenen Uniform die geringst zulässige Strafe von einem Monat Gefängnis. Beide Strafen wurden zu sechs Wochen Gefängnis zusammengezogen. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Infolge Amnestie eingestellt.

Ein Mann aus Spork, der schon mehrmals wegen Schmuggels vorbestraft ist, hatte sich wegen Pfandverschleppung zu verantworten. Auf seinem Hofe waren von beschlagnahmtem Getreide 1050 Kilo Roggen und 150 Kilo Roggenschrot verschwunden. Der Angeklagte wollte von einer Pfandverschleppung nichts wissen. Schon schien es, daß auch dieser Fall zwecks Vernehmung weiterer Zeugen vertagt werden sollte, da kam man zu der Ansicht, daß das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt werden könne, was denn auch geschah.

Ein Freispruch.

Der Fahrer eines Postpaketwagens war angeklagt, durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines Radfahrers verursacht zu haben. Es handelte sich um einen Verkehrsunfall, der sich am 16. August ds. Js. auf dem Hochfeld ereignete. Der Postwagen befuhr die Hochfeldstraße in Richtung Stadt, als aus einem Seitenweg ein Radfahrer kam, der vom Kraftwagen gefaßt und hierbei am linken Knie verletzt wurde. Der Radfahrer schob die Schuld an dem Unfall auf den Kraftfahrer, der zu schnell gefahren sei und kein Signal gegeben habe. Der Kraftfahrer bestritt, zu schnell gefahren zu sein, ob er Signal gegeben hatte, konnte er nicht genau sagen. Der als Sachverständiger vernommene Polizeioberinspektor Kautsch legte dar, daß der Ueberblick über die Fahrbahn nicht behindert gewesen sei, auch kein lebhafter Verkehr geherrscht habe, so daß der Kraftwagenfahrer keine Veranlassung gehabt habe, eine besonders geringe Geschwindigkeit zu entfalten. Auch sei der Fahrer nicht verpflichtet gewesen, an der Unfallstelle ein Signal zu geben. Dagegen habe der Radfahrer offensichtlich die Kardinalverkehrsregel nicht beachtet, daß er, wenn er in einen andern Weg einbiegt, jeden andern Straßenbenutzer, der seine Fahrtrichtung beibehält, vorbeizulassen hat. Zusammenfassend stellte der Sachverständige fest, man könne dem Angeklagten nicht vorwerfen, daß er die Verkehrsvorschriften nicht beachtet habe. Wenn auch das Bocholter Amtsgericht bekanntlich — mit Recht! — immer einen strengen Maßstab an eventl. Uebertretungen der Verkehrsvorschriften, namentlich durch die Kraftwagenführer legt, so konnte doch in diesem Falle kein Verschulden des Angeklagten festgestellt werden. Er wurde daher auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die vierte und letzte Vertagung.

Zuletzt hatte sich ein Zeitungsbote, der schon oft vorbestraft ist (u. a. wegen Hehlerei, Landfriedensbruchs, Diebstahls, schweren Diebstahls, Sachbeschädigung, Schmuggels, Gefangenenbefreiung, Betrugs und Unterschlagung), zu verantworten, und zwar soll er der Vereinigten Verlagsanstalt A. G. Oberhausen 169,35 ℳ unterschlagen haben. Der Angeklagte bestritt die Verfehlung und machte allerlei Ausflüchte. Wenn diese auch unglaubwürdig waren, so kam das Gericht doch dem Angeklagten insofern entgegen, als der Fall zwecks weiterer Zeugenvernehmung vertagt wurde.

w **Bahnhof Bocholt.** Wie die Handelskammer Duisburg-Wesel mitteilt, soll ihrem wiederholt vorgebrachten Wunsche auf Zuweisung des Bahnhofs Bocholt zum Bezirk der Reichsbahndirektion Essen nunmehr entsprochen werden. Die Aenderung wird sich sehr vorteilhaft auswirken, da die Verkehrs- und Wirtschaftsinteressen Bocholts eindeutig zum Rhein und zum niederrheinischen Industriegebiet hinweisen.

w **Schnelltriebwagen.** Die Handelskammer Duisburg-Wesel befaßte sich mehrfach mit der Führung der in Aussicht genommenen Schnelltriebwagen. Für den geplanten Schnelltriebwagen Köln—Ruhrgebiet—Hamburg ist ein Halt in Duisburg vorgesehen, für den Schnelltriebwagen Köln—Ruhrgebiet—Berlin wird ein solcher von der Kammer nachdrücklichst angestrebt.

w **Eiltriebwagenverkehr am Niederrhein.** Auf eine Anfrage äußerte sich die Handelskammer dahin, daß die vorgeschlagenen Strecken für den Eiltriebwagenverkehr durchaus in Betracht kommen. Dies gilt zunächst für die Linie Duisburg—Trompet—Kleve wie auch für die Strecke Empel—Rees—Bocholt—Münster. Letztgenannte Strecke ist zur Aufnahme des Eiltriebwagenverkehrs denkbar geeignet, wobei für ausreichende Anschlüsse nach und von Emmerich sowie nach und von Wesel gesorgt werden müßte. Die Kammer empfahl weiterhin dringend, insbesondere die Strecke Duisburg—Oberhausen—Wesel—Emmerich bald in den Eiltriebwagenverkehr einzuschalten, um insbesondere Anschluß an den holländischen Triebwagenverkehr zu gewinnen. Außerdem erneuerte sie die früher wiederholt gegebene Anregung, auch Bocholt für die Einrichtung eines durchgehenden Eiltriebwagenverkehrs nach und vom Ruhrgebiet über Wesel vorzusehen.

Es ist verboten . . .

Man findet das Ehrenkreuz des Weltkrieges schon jetzt in den Städten angeboten! Mancher ist vielleicht da versucht, sich schon mit dem neuen Ehrenzeichen bei Gelegenheit zu schmücken, ehe er überhaupt im Besitz der zugehörigen Urkunde ist. Das ist — wie das Reichsministerium ausdrücklich vermerkt — verboten. Vor der ordnungsmäßigen Verleihung darf das Kreuz nicht getragen werden. Wer es trotzdem tut, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus, ebenso wie der, der das Abzeichen herstellt, vertreibt oder sonstwie in den Verkehr bringt. Ueber die Bedingungen für den freien Handel mit dem Kämpferabzeichen werden demnächst Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Stadt Anholt.

40 jähriges Dienstjubiläum.

× Der frühere Fürstlich Salm-Salmsche Stallmeister Bernhard Baumann, der heute den Posten als Pförtner versieht, kann in jugendlicher Frische das 40jährige Dienstjubiläum feiern. Diese lange Dienstzeit ist ein erfreuliches Zeichen und zeugt von gutem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Jubilar hat bereits drei Fürsten gedient; der jetzige Fürst Nikolaus Leopold zu Salm-Salm ist sein 4. Dienstherr. Wir gratulieren herzlichst.

w. **Uebungen der Feuerwehr.** Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Freiwillige Feuerwehr während der Wintermonate an jedem ersten Sonntag im Monat eine Uebung abhält. Die Uebung wird durch Signal gegen 7 Uhr morgens bekanntgegeben.

w. **Haushaltungslisten.** Die Amtseingesessenen, die mit der Rückgabe der Haushaltungs- und Hauslisten noch im Rückstande sind, werden aufgefordert, diese bis spätestens zum 1. November 1934 auf dem hiesigen Bürgermeisteramt während der Dienststunden abzugeben. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß auch Eigentümer landwirtschaftlicher Gebäude zur Einreichung der Hausliste verpflichtet sind. Säumige Haushaltungsvorstände und Hauseigentümer haben Bestrafung nach §§ 165 und 202 RAO zu erwarten (Geldstrafe bis zu 5000 RM.).

Aus Dingden.

a. **Unterrichtsbeginn in der Fortbildungsschule.** Am Freitag, dem 2. November 1934, 15 Uhr, beginnt der Unterricht an der ländlichen Fortbildungsschule Dingden für alle männlichen Personen unter 18 Jahren, soweit sie nicht eine andere Schule besuchen. Die Schulpflichtigen aus Nordbrock sind bis auf weiteres vom Schulbesuch befreit.

× **Konzert des Kirchenchores.** Am kommenden Sonntag veranstaltet unser Kirchenchor im Hengstermannschen Saale ein öffentliches Konzert. Nach langem Proben ist es nun endlich so weit, daß das Konzert, das achte seiner Art, ein Erfolg zu werden verspricht. An die Mitglieder der Pfarrgemeinde ergeht die Bitte, dieses Konzert zahlreich zu besuchen, damit der Chor sieht, daß man seiner Arbeit Anerkennung zollt. Sonntag für Sonntag singt der Chor bei Hochämtern und allen festlichen Anlässen. Er verlangt dafür keinen Lohn und keine Anerkennung. Seine Arbeit gilt der Ehre Gottes und der Verschönerung des Gottesdienstes. Da dürfte wohl auch erwartet werden, daß die ganze Gemeinde sich zu dem Konzert des Kirchenchores einfindet. Nochmals wird daher die ganze Gemeinde eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 50 ₰. Zeigt, daß ihr die Arbeit des Kirchenchores unterstützt und besucht diese Veranstaltung.

= **Saarkinder.** Bekanntlich hatten sich 13 Familien der Gemeinde bereit erklärt, Kinder aus dem Saargebiet zur Erholung aufzunehmen. Durch Umstände, besonders durch die hier inzwischen aufgetretene Kinderlähmung können die Kinder nicht kommen. Wir danken an dieser Stelle nochmals allen, die sich liebenswürdigerweise in den Dienst der Karitas und der Saar gestellt haben und hoffen gern, daß wir bei Gelegenheit wiederum dieses Entgegenkommen finden.

+ **Vom Arbeiterverein.** Heute (Freitag) abend findet bei Schlütter eine Besprechung statt für die Jugendlichen, die eventl. einer Jugendgruppe des Vereins beitreten wollen. Diese Besprechung hat den Zweck, mit den Zielen des Arbeitervereins und der Werkjugend bekannt zu machen. Der Vorstand mit den Vertrauensmännern nimmt an der Besprechung teil. — Am Sonntag, dem 4. November, ist ein Familienabend mit Filmbandvorführung über Bischof Ketteler für Mitglieder und deren Angehörige.

Amt Rhede.

Drei Geburtstagskinder.

k. In dieser Woche feierten wieder drei hochbetagte Bürger aus dem Amtsbezirk Rhede ihren Geburtstag. In Rhede konnte am gestrigen Tage Herr Bernhard Hiebing von der Nordstraße seinen 80. Geburtstag begehen. Trotz seiner 80 Lenze, die Herr Hiebing auf dem Rücken hat, ist er noch körperlich und geistig wohlauf. Herr Bernhard Rölfing aus Büngern vollendete in dieser Woche am Montag sein 70. Lebensjahr, während Frau Witwe Adelheid Honsel aus Bardingholt am morgigen Tage in das 78. Lebensjahr tritt. Auch die beiden letztgenanten Geburtstagskinder erfreuen sich einer guten Gesundheit. Das Volksblatt gratuliert allen drei Geburtstagskindern zum Ehrentag und wünscht ihnen einen gesegneten Lebensabend.

Ein Fall spinaler Kinderlähmung?

= In den letzten Tagen wurde hier angeblich ein Fall spinaler Kinderlähmung, die augenblicklich im Kreise Borken grassiert, gemeldet. Der Krankheitsfall soll sich auf der Karlstraße ereignet haben. Ob sich die Meldung als richtig erweist, muß noch abgewartet werden. Zu hoffen ist allerdings, daß sich das Gerücht nicht bewahrheitet.

k. **Instandsetzung der Deichstraße.** Vor einigen Wochen wurde die Deichstraße bereits einmal notdürftig instandgesetzt. Die Straße befand sich jedoch nach wie vor in einem recht schlechten Zustand, so daß weitere Instandsetzungsarbeiten notwendig waren. Am gestrigen Tage wurden die vielen Schlaglöcher in dieser Straße mit Kleinbasalt ausgebessert. Nunmehr ist die Deichstraße wenigstens in etwa wieder passierbar.

k. **Kaninchenzuchtausstellung in Rhede.** Im kommenden Monat findet hier eine große Verbandsausstellung der Kaninchenzüchter des Kreises Borken statt. Die Ortsgruppe Rhede ist schon eifrig mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigt. Man hat bei den Züchtern Seggewiß (Südstraße) und H. Storm (Hardtstraße) Beratungsstellen eingerichtet. An diesen Stellen können sich alle Kaninchenzüchter Rat und Auskunft in allen Fragen der Kaninchenzucht holen.

Das Rundfunkgerät ist nicht pfändbar.

Das Amtsblatt des RPM veröffentlicht in einer Ausgabe in dieser Frage die Stellungnahme des Herrn Reichsministers der Justiz. Demnach ist zu unterscheiden zwischen der Dauerregelung des § 811 Nr. 1 der Zivilprozeßordnung und der zur Zeit geltenden Notvorschrift des § 18 der Zwangsvollstreckungsordnung vom Mai 1933. (Diese Vorschrift hat nur noch bis 31. Oktober 1934 Gültigkeit.)

Nach § 811 der ZPO Nr. 1 ist Hausgerät unpfändbar, soweit es zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich ist. In der Praxis hat sich im Laufe der Jahre eine unverkennbare Wandlung im Sinne einer Erweiterung des Kreises der als unpfändbar anzusehenden Gegenstände vollzogen. Eine solche Umstellung der Praxis vollzieht sich jetzt auch beim Rundfunkgerät. Nachdem sich das Rundfunkgerät innerhalb weniger Jahre vom Luxusgegenstand zum häuslichen Gebrauchsgegenstand und darüber hinaus heute zum Gebrauchsgut aller Bevölkerungsschichten entwickelt hat, steht die Praxis wohl jetzt überwiegend auf dem Standpunkt, daß das Gerät, jedenfalls soweit es sich nicht um teure Luxusapparate hadnelt, regelmäßig als unpfändbar anzusehen ist, und zwar auch dann, wenn der Besitzer die Anlage nicht beruflich benötigt oder als Gastwirt das Gerät in seinem Betrieb benutzt.

Der eingangs erwähnte § 18 der Zwangsvollstreckungsordnung vom 26. Mai 1933 besagt u. a., daß die Zwangsvollstreckung auf Antrag des Schuldners aufgehoben wird, wenn es sich um bewegliche Sachen handelt, die zum persönlichen Gebrauch des Schuldners dienen oder zum Haushalt gehören oder um Gerätschaften, die der Erwerbstätigkeit dienen.

Nach diesem Gutachten ist klar zum Ausdruck gebracht, daß das Rundfunkgerät unpfändbar und nur in ganz wenigen Ausnahmefällen pfändbar ist.

In der gleichen Weise hat sich der preußische Justizminister zu dieser Frage geäußert und sie entschieden. Auch er hat dieses Bedürfnis rückhaltlos bejaht. Darüber hinaus hat er klar zum Ausdruck gebracht, daß das Funkgerät heute das technische Mittel ist, dem Pulsschlag des völkischen Lebens zu lauschen und daran teilzunehmen. Ein Funkgerät gehört deshalb zum unentbehrlichen Haushaltgerät und muß deshalb als unpfändbar gelten!

= **Für Hilfe in Seenot** erhielt Kapitän Henry Gülck vom Hamburger Fischdampfer „Irmgard" die große silberne Medaille der Laeiszstiftung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger nebst Ehrenurkunde. Bei schwerem Weststurm glückte in zweimaliger Rettungsfahrt die Bergung der Besatzung des Altonaer Fischdampfers „Jan Hubert" in der Elbmündung. Die tapfere aus 2 Mann bestehende Besatzung des Rettungsbootes erhielt eine Geldprämie. Die im August 1933 ausgeführte wackere Tat hatte bereits die Anerkennung des Reichspräsidenten und des Hamburger Senats gefunden. Ferner erhielt der Führer des Hapag-Dampfers „Scheer", Kapitän Adolf Becker die kleine silberne Medaille der Laeiszstiftung. Es gelang dem Dampfer am 3. 9. ds. Js. bei Terschelling Feuerschiff von der sinkenden englischen Yacht „Lafone" 8 Passagiere und Besatzungsmitglieder glücklich zu bergen.

Stundung und Eintreibung von Forderungen. Erfahrungsreiche Ratschläge für Gläubiger. Von Heinrich Schultz, Verlag W. Stollfuß, Bonn, Preis RM 1.—. In unserer Zeit ist für den Kaufmann die Stundung und Einziehung von Forderungen besonders schwierig, weil alle Borgunterlagen wesentlich erschüttert wurden und die Achtung vor der Verpflichtung vielfach gesunken ist. Es ist tatsächlich eine Kunst, einen Schuldner, der überhaupt nicht zahlen möchte, zur Zahlung zu bewegen. Solange zweckmäßigere Gesetzvorschriften noch nicht bestehen, obliegt es dem Gläubiger, sich selbst zu helfen, um Forderungsverluste möglichst zu vermeiden. Deshalb werden die in dieser Schrift gegebenen Ratschläge für die Bearbeitung dieses wichtigen Gebietes den Gläubigern gute Dienste leisten. Entwürfe von Mahnungen und Anträgen sind in einem Anhang der Schrift beigegeben.

w Geburtentiefstand überwunden. Während bisher hauptsächlich aus den Großstädten Zahlen vorlagen, werden jetzt die Ermittlungen des Reichsgesundheitsamtes über die Bevölkerungsbewegung aller deutschen Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern im ersten Vierteljahr 1934 bekannt. Es handelt sich hierbei um etwa die Hälfte der deutschen Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Eheschließungen betrug rund 72 000, die Zahl der Geburten 104 000 und die Zahl der Gestorbenen nahezu 83 000. Während der bisherige Geburtenrückgang in den letzten drei Vierteljahren 1933 zum Abschluß gekommen ist, hat nunmehr, wie das Ndz den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes entnimmt, eine entscheidende Geburtenzunahme eingesetzt. Die Geburtenzahl war um 22 % höher als im ersten Vierteljahr 1933. Die Steigerung der Geburtenziffer, die ihren Anfang in den Großstädten nahm, umfaßt im ersten Vierteljahr 1934 alle Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern, war jedoch in den Großstädten noch am stärksten.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet starb das langjährige Mitglied des Schützenvereins Liedern

der Bauer
Herr Wilh. Meffert

Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 27. Oktober, morgens 8.30 Uhr, in der St. Georgiuskirche, anschließend die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundl. eingeladen wird. (8265h

Schützenverein Liedern
Der Vorstand.

Die Annahmestelle des **Volksblattes** für **Abonnements und Anzeigen** befindet sich in

Rhede
Deichstr. 28

Verbrauchergenossenschaft

„Eintracht"

e. G. m. b. H. Bocholt.

Am Sonntag, dem 28. Okt. 1934 nachmittags 17 Uhr

im Arbeitervereinshaus St. Paulus in Bocholt spricht:

der Landesschulleiter der Landesführerschule II der N. S. D. A. P.,

Pg. Müller, Lobeda (Thür.)

zu dem Thema:

„Die deutschen Verbrauchergenossenschaften!"

Wir bitten unsere Mitglieder und deren Frauen recht zahlreich zu erscheinen.

Die Amtsleitungen der Politischen Organisationen der N. S. D. A. P. sind aus Gründen der Information herzlich eingeladen. [8216b

Eintritt frei! Eintritt frei!
Ersheint alle!

Jeder bekennt es ehrlich und offen
Maaß Spirituosen sind unübertroffen!

Alter Münsterländer	Ltr. **2.—**, 1/4 Ltr. **0.50**
Feiner alter K●●en	Ltr. **2.—**, 1/2 Ltr. **1.—**
Prima Doppelkorn	Ltr. **3.—**, 1/2 Ltr. **1.50**
Feinst. Weinbrand-Verschnitt	Fl. **2.45, 1.30**
Alter Wacholder	Ltr. **2.50**, 1/4 Ltr. **1.25**
Bester alter Kornanis	Ltr. **2.60**, 1/2 Ltr. **1.30**

— Preise ohne Flasche. — (7680b

Drogerie Maaß, Osterstraße.

Möbel

wie Küchen, Schlaf-, Herren-u. Speisezimmer

kaufen Sie besonders preiswert bei

Heinrich Feldhaar,

Polsterei — Nobelstraße — Möbelhandlung

Besichtigung unverbindlich.

Ehestandsdarlehen werden in Zahlung genommen. [1172b

Ein Jäger aus Kurpfalz der reitet durch den grünen Wald

dieses bekannte deutsche Volkslied bildet das Leitmotiv des ab heute

Freitag, Samstag, Sonntag und Montag im

Capitol-Theater

zur Aufführung gelangenden **großen deutschen Heimatfilms**



Ein deutscher Film aus der Pfalz und vom deutschen Weidwerk, von Jägerfreude und Jägernot, von Liebesleid und Liebeslust der mit ihrer Scholle verwachsenen deutschen Menschen.

Aus der Besetzung:

Hans Adalbert v. Schlettow, Fritz Kampers, Walter Rilla, Paul Henkels, Theo Lingen, Edit Linn, Ilse Rose u.a.m.

Dazu den lustigen Ton- und Sprechfilm

Petri Heil

Ein entzückendes Lustspiel nach einer Novelle von Georg Mühlen mit dem bekannten Komiker **Paul Beckers, Fritz Odemar, Gerti Ober, Gerh. Dammann, Martin Jakob u.a.m.**

Außerdem

den Kultur Tonfilm **Klingende Täler und Berge.** und die **neue Bavaria Ton-Woche**

Geöffnet: Wochentags ab 4.30 Uhr, Sonntags ab 2 Uhr. Letzte Abendvorstell. täglich 8.30 Uhr. **Ab Dienstag vollständig neues Programm.**





Capitain ist die richtige Haar- u. Bartschneidemaschine für den Privatgebrauch, 1/10, 1/2 und 3 mm schneidend **Preis 2.80 RM.** Alleinverkauf in Bocholt

Osper, Neustraße 7

Landwirte beizt Euer Saatgut

mit Ceresan, Uspulun, Germisan, **Corbin** gegen Krähenfraß, Raupenleim — Raupenleimringe.

Zu haben: [7835b

Drogerie Bruns, Nordstr. 22

Immer Kundschaft interessieren! Also: „Fleißig inserieren!"

Spirituosen und Weine in bekannt bester Qualität.

Münsterl. Korn (reine Ware)	Ltr. 2.— 1/2 Ltr. 1.—
Prima alter Doppelkorn 40 %	Ltr. 3.— 1/2 Ltr. 1.50
Korn-Anis (beste Qualität)	. . Ltr. 2.60 1/2 Ltr. 1.30
Weinbrand-Verschnitt (Scharlachberg)	. . . Fl. 2.45, 1.30

Preise ohne Flasche.

Wermutwein hochprozentig	. . . . . Ltr. -.75
Tarragona fein alt	. . . . . Ltr. 1.—
Malaga besonders kräftig	. . . . . Ltr. 1.25
Insel-Samos extra fein	. . . . . Ltr. 1.25
Liköre in großer Auswahl	. . 1/1 Fl. 2.95 1/2 Fl. 1.65

Drogerie Bruns, Nordstr. 22

Gegen Erkältung!

Wetterfeste  **Schuhe**

das beste **das billigste**

zur Erhaltung Ihrer Gesundheit.

Mit Katzenfell u. Lammpelz gefütterte Schuhe in mehreren Preislagen für Damen, Herren und Kinder.

Beachten Sie bitte mein Fenster.

Schuhhaus Böcker, Osterstraße 3.

Warme Hausschuhe — gute Qualitäten — billig.

Für kl. Haushalt (2 Personen) älteres sauberes [8254h

Halbtagsmädchen

gesucht.

Auskunft beim Volksblatt.

Mädchen, vom Lande sucht Stellung

im bürgerl. Haushalt am liebsten wo Gelegenheit geboten wird die Küche mit zu erlernen. Selbige ist im Nähen erf. Ausk. b. Volksbl.

Suche bis zum 15. 11. oder

Mädchen

1. 12. ein tüchtiges, kath. [8252h das auch in landw. Arbeiten vertraut ist und 2 Kühe melken kann.

W. Deitmer, Rhede, Hoheſtr. 8

Suche zum 1 Nov. kath.

Mädchen

das alle landwirtschaftlichen Arbeiten versteht.

Johann Klein-Heßling, Bordingholt. [1552b

Kaiser's Brust-Caramellen



beugen Erkältungen u. deren ernste Folgen vor. Wind und Wetter trotzen Sie mit diesem unübertroffenen Mittel. Von Millionen im Gebrauch.

PREIS: 35; 40 u. 75 ₰

ERHÄLTLICH IN APOTHEKEN, DROGEN U. WO PLAKATE SICHTB.

Zu haben bei: Arens' Marien-Apotheke; Löwen Apotheke; Drog. Wilh. Bruns; Drogerie Feldmann; Germania-Drog Geschw. Hoepfner; Drogerie Karl Maaß; Stern-Drog. A. Steiner; Markt-Drog. Reygers; **Dingden:** Drogerie H. Schleiken; **Isselburg:** Drogerie A. Schmänk; **Rhede:** Hirsch-Apotheke; Markt-Drogerie Th. Schüling u. wo Plakate sichtbar.

Berücksichtigen Sie bitte beim Einkauf unsere Inserenten!

Wer inseriert hat Erfolg!

Kneipp-Verein Bocholt.



Sonntag, den 28. Okt. 1934, nachm. 5 Uhr, findet im Saale Pürgerkrug eine **Monatsversammlung** nebst Vortrag mit dem Thema „Winterkuren" statt. Freunde der Naturheilmethode sind willkommen. 1546h] **Der Vorstand.**

Die echte **Adolf Justs**

Heilerde

Pak. 0.90 und 1.50 ist erhältlich in der

Drogerie Feldmann
Horst-Wessel-Platz

Probe und Prospekte kostenlos. [7642g

Oefen

in moderner Ausführung und großer Auswahl empfiehlt zu mäßigen Preisen

Bernh. Reichenberg,

Osterstraße 30 (7650b

Habe mehrere gebrauchte

Heizungskessel

abzugeben.

Münsterstraße 2.

---

2 Zimmerwohnung

(Mansarde) zum 1. November zu vermieten. [1128b

Auskunft beim Volksblatt.

Brautpaar sucht sofort

3-4-Zimmer-wohnung [1127h

Auskunft beim Volksblatt.

Gut möbl. Zimmer

(Schlaf- u. Wohnzimmer) mit Morgenkaffee oder voller Pension in gutem Hause gegen Vorauszahlung gesucht Offert. u. 1129 an das Volksblatt.

Neuer Flachwagen und Federkarre

mit Luftbereifung und eine **gebr. Federkarre** billig abzug. Auskunft beim Volksbl. [1126b

---

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 26. Okt. 1934, 15 Uhr, werde ich in der Wirtschaft Henstermann in Dingden **1 Motorrad**, Zündapp, 200 ccm., steuerfrei, mit elektr. Licht öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bothe, Obergerichtsvollzieher.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; Stellvertreter des Hauptschriftleiters und verantwortlich für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster i. W.; für Westdeutschland: Otto Heinz Tebbe; für Feuilleton: Peter Schlauß; für Handel u. Sport: Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund; Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W. Druck: Zeno GmbH., Münster i. W. Verantwortlich für den örtlichen Textteil: Heinrich Schmitt, Bocholt; für den örtlichen Anzeigenteil: Josef van Gelder, Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt, Realschulstraße 14. — D.-A. IX. 34: 6021.

Durchschnitts-Auflage IX. 1934: **Zeno-Zeitung insgesamt: 40456** enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Nachrichtenblatt für die Kreise Beckum und Lüdinghausen, Ahlen: 2863; — Allgemeine Zeitung für die Kreise Coesfeld und Ahaus (Billerbecker Zeitung, Gescherer Zeitung, Vredener Anzeiger, Stadtlohner Volksblatt), Coesfeld: 5246; — Borkener Zeitung Borken: 3098; — Bürgerblatt für den Niederrhein und Reeser Tageblatt, Emmerich: 1809; — Dülmener Zeitung, Amtliches Kreisblatt für den Kreis Coesfeld, Dülmen: 1736; — Halterner Zeitung, Haltern: 1660; — Kreiszeitung für den Kreis Ahaus (Gronauer Volkszeitung, Eper Volksblatt) Ahaus: 3153; — Münsterländische Volkszeitung (Rheiner Volksblatt) Rheine: 3845; — Emsländische Tageszeitung (Lingener Tageszeitung, Papenburg-Aschendorfer Zeitung), Rheine: 1660; — Neuer Emsbote für Kreis Warendorf und Amt Telg... (Warendorfer Kreisblatt), Warendorf: 2491; — Tageblatt für den Kreis Steinfurt (Ochtruper Anzeiger, Wettring... Anzeiger, Metelener Zeitung Neuenkirchener Zeitung), Ochtrup: 1625; — Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken, Bocholt: 6021; — Volksblatt für Rees, Bocholt: 950; — Volkszeitung und Nachrichten für Emsdetten, Burgsteinfurt, Nordwalde, Borghorst, Greven, Emsdetten: 2297; — Volkszeitung für Dorsten und Hal... ichkeit, Dorsten: 2008.